

Bombenanschlag in Afghanistan, republikanische Kritik an Hillary Clinton's Präsidentschaftskandidatur und die Reaktionen auf den Fall Walter L. Scott in South Carolina

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 13. bis 20. April 2015

(kr) In dieser Woche dominierten folgende Themen die amerikanische Presse: der Bombenanschlag in Afghanistan, republikanische Kritik an Hillary Clinton's Präsidentschaftskandidatur und die Reaktionen auf den Fall Walter L. Scott in South Carolina.

Am vergangenen Samstag fand in Jalalabad, der Hauptstadt der afghanischen Provinz Nangarhar, ein Bombenanschlag statt. Laut *New York Times* starben 35 Menschen, 125 wurden verletzt. Die Polizei berichtete, dass drei Bomben hintereinander explodierten, eine davon in einer örtlichen Bank, in der ein Mann eine explosive Weste trug. Nach Angaben der *Washington Post* wurden vier Bomben identifiziert; drei davon gingen in die Luft. Die *New York Times* und die *Washington Post* berichteten, der afghanische Präsident, Ashraf Ghani mache die Extremistengruppe „Islamischer Staat“ für den Anschlag verantwortlich; unklar war jedoch, woher er diese Information erhalten habe. Der Talibananführer Zabiullah Mujahid habe kurz nach der Explosion auf Twitter in drei verschiedenen Sprachen die Verantwortung für den Anschlag abgelehnt. Der *Washington Post* zufolge berichteten Terroristenexperten, Befürworter des Islamischen Staates zeigten sich auf sozialen Netzwerken verwirrt bezüglich des Anschlages. Bei bisherigen Angriffen der IS haben Anhänger innerhalb weniger Stunden Videos oder Fotos der Tat veröffentlicht. Die *Washington Post* wies zudem darauf hin, dass wenn unabhängige Gruppen der IS für die Angriffe verantwortlich seien, dies eine noch größere Gefahr darstellen würde als bisher. Beide Zeitungen berichten über ein Foto, welches bereits am Samstag in sozialen Netzwerke zirkulierte und den angeblichen

Selbstmordattentäter mit einer Flagge der IS im Hintergrund kurz vor dem Anschlag zeigt. Die Authentizität dieses Bildes konnte jedoch nicht bestätigt werden.

Als Hillary Rodham Clinton am Sonntag, den 12. April, ihre Kandidatur für die anstehende Präsidentschaftswahl im November 2016 bekannt gab, ging die Nachricht sofort durch alle Medien. Bei einem Parteigipfel der Republikaner in Nashua, New Hampshire, musste Clinton von ihren potentiellen Kontrahenten harte Kritik einstecken. Wie die *New York Times* titelte, war Clinton nach Bekanntgabe ihrer Kandidatur bei der Veranstaltung der Republikaner in aller Munde, und das weitgehend negativ: „All Talk Is of Hillary Clinton (None of It Is Good)“. Nicht nur wurde sie als „heimlichtuerisch“ wegen der Verwendung eines persönlichen E-Mailkontos als Außenministerin kritisiert, ihre Gegner machten sich darüber hinaus über ihre jüngste Kampagne in Iowa lustig, in der sie in den Augen ihrer Opponenten nicht authentisch genug auftrat und ihre unkommunikative Ader zeigte. Laut *Washington Post* musste Clinton viele weitere Unterstellungen einstecken. Außerdem hat die republikanische Partei die Initiative „Stop Hillary“ gestartet, wie die *Washington Post* sowie die *New York Times* mitteilten. Nach Angaben der *Washington Post* müssen sich Hillary's Gegner jedoch warm anziehen, denn Umfragen zufolge schneidet Clinton nicht schlecht ab.

Nachdem der weiße Polizist Michael T. Slager am 4. April 2015 den unbewaffneten schwarzen Walter L. Scott im US-Bundesstaat South Carolina von hinten erschoss, forderten nun vergangenen Freitag Bürgerrechtler in North Charleston das Justizministerium der Vereinigten Staaten dazu auf, alle tödlichen Schüsse von Polizeibeamten in Charleston County aus den letzten 21 Jahren zu untersuchen, wie die *New York Times* berichtete. Nach Angaben der *New York Times* äußerte die National Association for the Advancement of Colored People den Verdacht, die Polizei hätte die Umstände des Vorfalls vertuschen wollen, bevor das Video eines Zivilisten an die Öffentlichkeit gelangte und die Tat des Polizisten bewies. Die Gruppe glaube außerdem, dass andere Polizisten, die in den letzten 20 Jahren ebenfalls Einwohner in Charleston County töteten, nur deshalb nicht angeklagt wurden, weil ausreichend Beweise fehlten. In der afroamerikanischen Gemeinde herrscht der verbreitete Glaube, dass Polizisten ihre Taten mit Absicht verheimlichen oder fälschen, um einer Strafverfolgung zu entgehen, wie die *LA Times*, sowie die *New York Times* berichten. Laut der *LA Times* behauptete James Johnson, Präsident

der N.A.A.C.P., kein Polizeibeamter in Charleston County sei je wegen Ermordung eines schwarzen Mannes verurteilt worden. Beide Zeitungen betonen außerdem die Aussage der Bürgerrechtler, dass von den mehr als 200 gemeldeten Fällen in South Carolina, in denen ein Polizist in ein Schussgefecht involviert war, nur eine sehr kleine Anzahl an Beamten verurteilt wurde. Des Weiteren legen die *LA Times* sowie die *New York Times* offen, Dena Iverson, eine Sprecherin des Justizministeriums, habe in Bezug auf den Antrag der Aktivisten Stellung genommen: das Ministerium wird alle Anfragen, die eingereicht werden, prüfen.

Quellen:

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com